

- 4 Vgl. Roesler, Jörg: Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt/M. 1999.
- 5 Ebd., S. 252.
- 6 Lorenz, Ottokar/Scherer, Wilhelm: Geschichte des Elsasses von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. Bilder aus dem politischen und geistigen Leben der deutschen Westmark, Berlin 1871, S. 225–226.
- 7 Ebd., S. 251–252.
- 8 Ebd., S. 252–253.
- 9 Ebd., S. 252.
- 10 Siehe Baechler, Christian: Das Verhalten der Elsaß-Lothringer im Deutschen Reich (1871–1918). In: Knipping, Franz/Weisenfeld, Ernst (Hrsg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870. Bonn 1988, S. 54. Daß bei anderen Anschlüssen, so im deutschen Vereinigungsfall während der neunziger Jahre immer wieder strapazierte Argument, die Entlassung von Personal aus dem Anschlußgebiet sei vor allem auf Geldmangel im Bildungswesen zurück zu führen, traf für die Universität Straßburg also nicht zu. An der Stichhaltigkeit der "ökonomischen" Begründung darf deshalb generell gezweifelt werden.
- 11 Lorenz, Ottokar/Scherer, Wilhelm: Geschichte des Elsasses. A.a.O., S. 252, 260.
- 12 Allgemeine Deutsche Biographie. Einunddreißigster Band. Neudruck der 1. Auflage von 1890, Berlin 1970, S. 104–114.
- 13 Ebd., S. 110.
- 14 Vgl. Steininger, Rolf: Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck/Wien 1999, S. 403–404.
- 15 Vgl. ebd. S. 507, 514–517, 524.
- 16 Vgl. www.contentma...news-h1886-print_freie_universitaet_bozen_geht_online_mit.htm
Außerhalb der Lehrerbildung ist die Universität dreisprachig: deutsch, italienisch, englisch.
- 17 Siehe Kasper, Michael: Baskische Geschichte in Grundzügen, Darmstadt 1997, S. 206–207.

Desintegration und Integration

Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin

Peer Pasternack

1. Das Problem

“Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin” mag als merkwürdige Bezeichnung erscheinen, da Wissenschaft sich in der Regel nur sehr bedingt nach Stadtteilen organisiert. Gemeint ist mit “der Ost-Berliner Wissenschaft” jedoch ein mehrschichtiges Phänomen, das eine solche partiallokale Charakterisierung durchaus rechtfertigt:

- Es handelt sich dabei zunächst um die heute im Ostteil Berlins angesiedelten Hochschulen und Institute mit ihrem jeweiligen Personal, ihren Forschungs- und Ausbildungsprogrammen sowie ihren Vernetzungen untereinander und über ihren örtlichen Einzugsbereich hinaus.
- Ebenso zählt dazu die außerhalb etablierter akademischer Zusammenhänge wirkende sog. Zweite Wissenschaftskultur – eine Art akademischer ‘postsozialistischer Subkultur’, getragen von Personen, die im Zuge der Neuordnung der Ost-Berliner Wissenschaftsstrukturen in den neunziger Jahren aus Normalbeschäftigungsverhältnissen herausgefallen sind oder nur prekäre Weiterverwendungen fanden. Sie haben sich daraufhin in eingetragenen Vereinen und Klubs organisiert und dort ein eigenes Veranstaltungswesen, Forschungsprojekte und Publikationsaktivitäten beträchtlichen Ausmaßes entfaltet.

- Drittens schließlich bilden die strukturellen und epistemischen Sedimente der DDR-Wissenschaftsgeschichte eine eigene Schicht dessen, was hier "Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin" genannt werden soll: Als Hauptstadt der DDR war Ost-Berlin Gravitationskern der sehr eigenen Verbindung von Wissenschaft und Politik im staatssozialistischen System, gekennzeichnet durch Wissenschaftsgläubigkeit ebenso wie Wissenschaftsignoranz, durch wissenschaftlichen Opportunismus ebenso wie wissenschaftliche Renitenz, beides in je abgestuften Varianten.

Die Präsenz dieser Schichten im öffentlichen Bewußtsein der Stadt und in den örtlichen wissenschaftlichen Aktivitäten ist sehr differenziert ausgeprägt. Das resultiert wesentlich aus dem Charakter der ostdeutschen Wissenschaftstransformation nach 1989. Im Zuge dieses Prozesses gab es unter Bedingungen des Zeitdrucks, unzulänglicher Information und innerwissenschaftlicher Verteilungsauseinandersetzungen eine Reihe von problematischen Entscheidungen. Diese führten unter anderem zu individuellen Ungerechtigkeiten, welche die ost-west-deutsche Verständigung bis heute behindern, und zu fragwürdigen Asymmetrien, die sich in unterschiedlichen Verteilungen ökonomischen, symbolischen und (wissenschafts-)politischen Kapitals entlang einer Ost-West-Achse zeigen.

Diese Einschätzung ist mittlerweile über alle politischen Lager- und Milieugrenzen hinweg unstrittig. Allenfalls wird widersprüchlich bewertet, wie die produzierten Probleme zu den ebenso vollbrachten Leistungen ins Verhältnis gesetzt werden sollten. Denn in der Tat gab (und gibt) es auch beträchtliche Finanztransfers mit grandiosen Ausstattungsverbesserungen der Ost-Berliner und ostdeutschen Forschung und Hochschulen, wurde die Hälfte des Akademie-Personals in Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen integriert, eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten erreicht usw. Daneben bestehen Bewertungsdifferenzen darüber, wieweit der Zeitdruck und die unzulängliche Information, unter denen die seinerzeitigen Transformationsentscheidungen getroffen wurden, unvermeidlich waren bzw. welche Motive ihnen zu Grunde lagen. Diese

Fragen werden im übrigen nicht allein entlang der Ost-West-Achse unterschiedlich bewertet, sondern sind auch unter Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie Entscheidungsträgern ostdeutscher Herkunft kontrovers.

Berlin ist von diesen Fragen besonders betroffen, da ca. 30 Prozent des gesamten Forschungs- und Hochschulpotentials der DDR in Ost-Berlin angesiedelt war. Daher wirkten und wirken die Einigungsfolgen im Wissenschaftsbereich im nunmehr vereinten Berlin auch besonders einschneidend. Zudem war ausschließlich in Berlin die Situation einer unmittelbaren administrativen Vereinigung von Ost und West gegeben. Dies bedingte, daß eine eingespielte westliche Administration – die bis dahin West-Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung – den Umstrukturierungsprozeß der Hochschulen und Institute im Ostteil der Stadt steuerte.

Hinsichtlich der Ergebnisse ist Widersprüchliches zu hören. Die Ost-West-Integration in der Wissenschaft und an den Hochschulen sei hervorragend geglückt, sagen die einen. Man ignoriere sich weitgehend oder lebe bestenfalls in halbwegs friedlicher Koexistenz nebeneinander her, so die anderen. Es habe sicher individuelle Härten gegeben, die aber vor der insgesamt vollbrachten Neugestaltungsleistung verblaßten, heißt es auf der einen Seite. Das Ausmaß der Ungerechtigkeiten und ihr Fortwirken sei skandalös, ist von der anderen Seite zu hören. Von dieser gab es denn auch immer wieder öffentlich erhobene Forderungen, die damaligen Entscheidungen sowie deren Umsetzung zu überprüfen und zu reparieren, was noch reparabel sei.¹

Nun fand im Februar 2002 in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Volkswagen-Stiftung eine Tagung unter dem Titel "10 Jahre danach" statt.² Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Zwar war zu dieser Veranstaltung kein Referent eingeladen, der als prinzipieller Kritiker der Vorgänge bekannt ist. Dennoch gab es in den Vorträgen und Diskussionen ein unerwartetes Ausmaß an Selbstzweifeln und kritischen Anmerkungen. Am deutlichsten

äußerte solche der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, als er ausführte: "Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlußbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuß als auch im Strukturausschuß und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden."

Mittelstraß schloß sein Referat mit den Worten: "Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun."³ In der Diskussion präzierte er, was er damit meinte: "Laßt uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah".⁴

Fast zeitgleich, im Januar 2002, war in Berlin eine Landesregierung aus SPD und PDS gebildet worden, die eine stärkste Partei in den westlichen Teilen Berlins, die andere stärkste Partei in den östlichen Wahlkreisen. Diese spezifische Konstellation spiegelte sich auch in der Koalitionsvereinbarung beider Parteien wider. Dort heißt es: "Die Metropole Berlin bleibt in jeder Beziehung eine Werkstatt der Einheit und erfüllt damit eine Aufgabe für ganz Deutschland. SPD und PDS sehen sich in der Verantwortung, nach der Herstellung der staatlichen Einheit die innere Einheit Berlins weiter zu gestalten. ... Voraussetzungen für die Vollendung der inneren Einheit sind die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Ost und West, ein höherer Respekt für die im jeweiligen Teil Berlins gelebten Biographien, auch für die von Menschen in der DDR erbrachten sozialen

und kulturellen Leistungen. Über manches davon wurde in den vergangenen Jahren zu schnell und zu geringschätzig hinweggegangen."⁵

An diese politischen Aussagen knüpften sich Erwartungen auch bei Ost-Berliner Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen.

2. Die Vorgeschichte

Ablauf und Ergebnisse des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus in den neunziger Jahren waren ambivalent. Hinsichtlich seines Ablaufs zeigt sich das besonders augenfällig darin, wie völlig gegensätzlich die Legitimität der Vorgänge in Ostdeutschland selbst bewertet wurde:

Die einen behaupteten die Vollkompatibilität des Vorgangs mit demokratischen Erfordernissen. Denn die "legitimierten Vertreter des Volkes, des eigentlichen Souveräns, sitzen im Landtag" – und also nicht an den Hochschulen, wie etwa ein sächsischer Erneuerungsaktivist betonte.⁶

Andere diagnostizierten beim Wissenschaftsumbau die Demokratie im Koma. So stellte ein "Ostdeutsches Memorandum", zum 3. Oktober 1992 von 29 ostdeutschen Organisationen vorgelegt, "häufig zu beobachtende grundgesetzwidrige und auch dem Einigungsvertrag widersprechende Praktiken bei der Schließung wissenschaftlicher Einrichtungen, bei der Kündigung von Wissenschaftlern ... sowie bei der Aberkennung der 'persönlichen Eignung'" fest. Es forderte daher "demokratisches Mitbestimmungsrecht der Wissenschaftler, Studenten und Angestellten bei der Erneuerung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern, umgehende Überwindung der Bevormundung und Entmündigung".⁷

Dritte schließlich sahen Defizite, die freilich der Übergangszeit geschuldet seien und mithin zeitlicher Begrenzung unterlägen. Beispielsweise stellte sich nach Ansicht eines Akteurs in Sachsen-Anhalt "die sehr kritische Frage, wie die personelle Zusammensetzung der [Personalüberprüfungs-]Kommissionen zustande gekommen ist. Die Antwort ist: Nicht so demokratisch, wie man sich das wünschen könnte". Doch: "Hätten wir die Personalkommissionen wirklich frei gewählt, dann hätten wir auch

die Parteistrukturen wieder einsetzen können. Es wäre weitgehend identisch gewesen.”⁸

Die Ergebnisse dieses Prozesses, der seinerzeit derart widersprüchlich bewertet wurde, lassen sich in drei Kategorien sortieren: strukturelle, personelle und inhaltliche. Die politischen Bewertungen der Veränderungen bewegen sich auf zwei wesentlichen Deutungsachsen: Behauptet wird entweder eine “Erfolgsstory”⁹ – dies vornehmlich von verantwortlichen oder verantwortlich gewesenen Wissenschaftspolitikern und -politikerinnen sowie sozialen Gewinnern des Vorgangs – oder eine “Wissenschaftskatastrophe”¹⁰ – dies meist von (damaligen) Oppositionspolitikern und -politikerinnen sowie sozialen Verlierern des Hochschulumbaus. Bewertungen, die in analytischer Perspektive gewonnen wurden, spiegeln solche Ambivalenzen ausgewogener wider und untersetzen sie argumentativ.

So heißt es bei dem Berliner Wissenschaftssoziologen Hansgünter Meyer: “Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei”. Derart sei es dahin gekommen, “daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalauswechslungen statt für einen Start für die Essenz von Erneuerung hält”¹¹. Dabei habe man zunächst nur eine neue Bewegungsrichtung eröffnet, “nicht mehr”. Die Fehldeutungen folgten einer Ziel-Dichotomie des ostdeutschen Hochschulumbaus: zum ersten die Ausdehnung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder auf die ostdeutschen, d.h. im eigentlichen kein Transformations-, sondern eine Transferprozeß; zum zweiten eine nachträgliche funktionale Politisierung der Hochschulen, in den Worten Meyers: “Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt: Es wurde als wissenschaftliches System verworfen, und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen.”¹²

Hinzu sei getreten, daß die Akteure dem Hochschulumbau keine orientierendes Potentialkonzept oder Kapazitäten-Modell beigegeben hatten

(was durch den Flächenbezug nicht hinreichend substituiert habe werden können). So lasse sich zusammenfassend sagen, daß “die Kompatibilität der im Verlauf der 90er Jahre sodann erneuerten ostdeutschen Hochschulen mit den Hochschulen der westdeutschen Länder nicht kapazitiv und nicht strukturell ausgelegt sein wird, sondern ‘nur’ ordnungspolitisch, d.h. vor allem durch Nachgestaltung des föderalen Prinzips, das die Wissenschaftsministerien in den Ländern zu den maßgeblichen Entscheidungsgremien macht, und durch die auf deren Akzeptanz gegründete Anpassung der neuen Länder-Hochschulgesetze an das altbundesdeutsche Hochschulrahmengesetz.

Insofern damit auch die innere Verfaßtheit der Hochschulen mitbetroffen ist ..., kann man ... sagen, daß es in Teilbereichen eine strukturelle Kompatibilität der Hochschulen der westdeutschen Ländern mit denen in Ostdeutschland geben wird.”¹³

Die Kölner Soziologin Renate Mayntz diagnostizierte vornehmlich exogene Reformprozesse, wofür zunächst die Akteurskonstellation verantwortlich gewesen sei. Das Fehlen einer “entschlossenen und durchsetzungsfähigen Erneuerungsgruppe” habe Außeninterventionen erforderlich gemacht. Trotz extremer Überforderung hätten die Landesregierungen, innerhalb derer zugleich nicht selten verschiedene Ziele verfolgt wurden, keinen Steuerungsverzicht geleistet. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Universitäten sei “durch die unkoordinierte Pluralität der auf sie einwirkenden externen Akteure nicht wesentlich gemildert” worden.¹⁴

Eine differenzierte Einschätzung der wesentlichen hochschulpolitischen Akteure (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Kultusministerkonferenz, Fakultätentage und Fachverbände, Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen) kommt zu der Bewertung: “alle alt-bundesdeutschen Akteure (handelten) ... im Sinne ihrer etablierten funktionellen Identität: Sie verfolgten dieselben Ziele bzw. nahmen dieselben Aufgaben wahr wie immer. ... Das Ergebnis mußte die oft konstatierte Tendenz zum Institutionentransfer sein.”¹⁵

Gegen die an dieser Tendenz vielfach geäußerte Kritik stellt Mayntz fest: Es sei zu einer konservativen Zieldefinition gekommen, deren Ver-

folgung zwar für Ostdeutschland “einen kurzfristig zu bewerkstelligen, radikalen Wandel” bedeutete. Doch hätten für eine umfassende, d.h. darüber hinaus gehende Reformanstrengung “alle wesentlichen Voraussetzungen” gefehlt. Diese Anstrengung hätte “einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotential) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reform planen und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.”¹⁶

Ein aufwendiges Forschungsprogramm zu den hier interessierenden Fragen hatte eine Arbeitsgruppe namens “Wissenschaften und Wiedervereinigung” 1994 bis 1997 an der BBAW realisiert. Sie diagnostizierte 1994 eine Forschungslücke hinsichtlich “der kognitiven Dimensionen der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß”¹⁷. Daher rückte sie “Fragen nach dem paradigmatischen Zuschnitt und den theoretisch-methodischen Orientierungen der Wissenschaften in den Vordergrund” und fragte nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wissens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels. Der Berliner Linguist Manfred Bierwisch bemühte sich um die Zusammenschau der Projektergebnisse hinsichtlich dessen, was ihnen zum Wandel des inhaltlichen Charakters der Wissenschaft im Zuge der Transformation zu entnehmen ist. Er resümierte vier Punkte:

- der Wegfall von inneren und äußeren Barrieren habe die Rückkehr zu “allgemeiner wissenschaftlicher Normalität” bedeutet;
- und Orientierungen allgemeiner Wissenschaftsentwicklung gehorcht haben”, würden weitergeführt, “sofern nicht institutionelle Änderungen die Kontinuität einschränken oder aufheben”;
- Themen und Verfahren, “die Wissenschaft nur in politikabhängig deformierter Weise darstellen”, seien weggefallen;

- Themen und Entwicklungen, die zur genuin marxistischen Tradition gehören, “verlieren aufgrund kompromittierender Deformationen ihre Geltungskraft und werden weitgehend suspendiert”.¹⁸

Letztgenanntes sieht Bierwisch im übrigen nicht mit Begeisterung: Eigentlich ginge es darum, Marx von seinen falschen Freunden zu befreien und den Grundimpetus marxistischer Geschichts- und Wissenschaftsauffassung von Verkrustungen und Verzerrungen zu befreien.¹⁹ In seiner Abschlußbilanz der methodisch-inhaltlichen Gewinne und Verluste formuliert Bierwisch einen “ziemlich eindeutig ... moderaten Gewinn von deutlich konservativem Charakter – konservativ in dem Sinn, daß der Erhalt des bestehenden Kanons der Bundesrepublik das dominierende Moment darstellt, und zwar in den alten *und* neuen Ländern”.²⁰

Nun ist ein inhaltlich “moderater Gewinn” angesichts der hohen – sowohl finanziellen, individualbiographischen wie sozialen und sozialpolitischen – Transformationskosten keine sehr eindrucksvolle Diagnose. Bierwisch erkennt hier jedoch kein Verschulden, das den Umbaumodalitäten anzulasten wäre: “... auch in inhaltlicher Hinsicht (hat) der Aufbruch, das Überraschungsmoment der Vereinigung nicht stattgefunden ... Ob er aus der Begegnung des Verschiedenartigen, sich wechselweise Verfremdenden hätte hervorgehen können, erscheint eher fraglich. Denn die sogenannte Wende in der DDR hatte Ansätze hervorgebracht, die neu vornehmlich im Vergleich zur vorherigen Reglementierung waren, kaum aber im Vergleich zur internationalen Wissenschaftsentwicklung. Themen wie Frauenemanzipation, Kulturwissenschaften oder Klimaforschung waren ja keine den ostdeutschen Besonderheiten zu verdankenden Gegenstände.”²¹

Das wesentlichere Problem sieht Bierwisch darin, “ob der Einigungsprozeß nicht Themen blockiert hat, deren Auftauchen längst vor diesem Prozeß begonnen hatte”. Die Änderungen, denen die Struktur der Gesellschaft über die deutschen Probleme hinaus unterliege, der Wandel der Arbeit und der Wissensbestände, auf denen sie beruhe, seien vermutlich gravierender als das, was die Reflexion auf den Einigungsprozeß ins Auge fallen lasse. “Sofern dies der Fall ist, wäre die Wiedervereinigung selbst ... ein retardierendes Moment für den kognitiven Gehalt der Wissenschaft

... – ein fragwürdiger Aspekt des Einigungsprozesses, der möglicherweise nicht auf die Wissenschaft beschränkt ist”.²²

Der Heidelberger Soziologe Wolfgang Schluchter hatte seine als Transformationsakteur in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen in mehreren kleineren Studien analytisch verdichtet und war zu ähnlichen Ergebnissen wie die von Renate Mayntz²³ angeregten Untersuchungen gelangt. Schluchter erkennt im ostdeutschen Hochschulumbau eine im Kern strukturelle Anpassung an die westdeutschen Hochschulen, was zunächst ein nachholender Modernisierungsschritt, daneben aber auch “nahezu unvermeidlich” gewesen sei: “Dies ist nicht im Sinne eines akteursfreien Determinismus, sondern im Sinne einer Abwägung akteursbezogener Handlungschancen gemeint”.²⁴ Fünf tiefer liegende Gründe sieht Schluchter dafür:

- die DDR gab ihre Eigenstaatlichkeit selbst auf;
- die Wissenschaftsinstitutionen standen in einem Gefüge, das ihnen keine eigenständige, politikentlastete Entwicklung erlaubte;
- der Umbruch der DDR-Gesellschaft habe nicht institutionenbildend gewirkt, da “er von einer spontanen und basisdemokratischen Bewegung ohne strategisch operierende Eliten bewirkt wurde und weil die Selbstanpassung an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung einsetzte”;
- die Architekten der Vereinigung hatten den Umbau unter extrem kurzen Fristen gestellt;
- für den Neubau hätte man auch Abwicklungen im Westen ernsthaft ins Auge fassen müssen, “angesichts des durch Kartelle gesicherten Strukturkonservatismus der westdeutschen Gesellschaft ein nahezu aussichtsloses Unterfangen”.²⁵

Neben der strukturellen Anpassung der ostdeutschen an die westdeutsche Wissenschaft und der inhaltlichen Pluralisierung des Forschungs- und Lehrbetriebs war es vor allem die personelle Dimension, die den Gesamtvorgang kennzeichnete. “Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler”, faßte Dieter Simon²⁶ zusammen, was sich hinter dem vielfach für diese Vorgänge gebrauchten Begriff “perso-

nelle Erneuerung” verbarg. Dieser Prozeß setzte sich aus zahlreichen Elementen zusammen und vollzog sich in mehreren Stufen, wobei es im Detail Unterschiede in den einzelnen Bundesländern gab:

- Abberufung der Hochschullehrer und -lehrerinnen des Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG);
- Neubesetzungen der Führungspositionen in den Hochschulen;
- Vertrauensabstimmungen über Rektoren, Dekane, Instituts- und Klinikleitern und -leiterinnen;
- Personalabbau in Folge der Abwicklung vornehmlich gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen/Institute;
- kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer und -lehrerinnen mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts;
- sog. Integritätsüberprüfungen incl. Regelanfrage bei der Gauck-Behörde;
- fachliche Evaluierung des (dann noch) vorhandenen Personals;
- daraus sich ergebende Entlassungen;
- Umberufungen zu Professoren neuen Rechts (auf sog. Eckprofessuren);
- Personalstruktureneufinition einschließlich deutlicher Verringerung der Stellenanzahl und der Integration diverser anderer Hochschul(einrichtung)en;
- hierauf Ausschreibung aller Stellen (Hochschullehrer wie Mittelbau) und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber und Stelleninhaberinnen (in einigen Ländern auch Überleitung in die neuen Personalkategorien ohne vorherige Ausschreibung der Stellen);
- daraufhin (a) im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum großen Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, bzw. Entlassung “mangels Bedarf”, und (b) parallel Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdbeförderungen;
- schließlich Rehabilitierungen incl. symbolischer Statuserhöhungen wie Beförderungen zum außerordentlichen Professor/zur außerordentlichen Professorin, was die individuellen Verbleibschancen verbesserte.

Lassen sich diese Vorgänge quantitativ beziffern? Ja und nein. Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen in den Einzelheiten aber schwer miteinander vergleichbar. Zumindest läßt sich aus ihnen ableiten, daß es in den neunziger Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiographien gegeben hat. Darüber hinaus kann auf Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, daß das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:²⁷

- ca. 30 Prozent an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, daß die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 50 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 50 Prozent sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig),
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung (ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum "den Markt" dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft ausgelagerter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann "dem Markt" nicht direkt zugerechnet werden).

Für die Hochschulen ließe sich in dieser Gesamtansicht durchaus auch sagen, daß sie vergleichsweise glimpflich davon gekommen sind. Im Ost-West-Focus ist hinzuzufügen, daß das entlassene ostdeutsche Hochschulpersonal nicht vollständig durch auswärtiges ersetzt wurde, da zugleich ein teilweise drastischer Stellenabbau stattfand. Dennoch ergaben die Neubesetzungen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher

Herkunft auch an den Hochschulen. Für die gesamte, also die hochschulische und außerhochschulische Wissenschaft in Ostdeutschland muß im weiteren auf erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält: Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufene Professoren und Professorinnen waren 1997 elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden.²⁸
- Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.²⁹

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muß grundsätzlich weder verwundern – die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung –, noch muß sich dahinter ein prinzipielles inhaltliches Problem verbergen.³⁰ Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist freilich darauf hinzuweisen, daß die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland insbesondere dann kein Problem wäre, wenn es auch eine

dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies allerdings ist weder der Fall noch absehbar.

Zu den schlichten Quantitäten gesellen sich indessen weitere bewertungsrelevante Umstände. Hier sind vor allem unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen zu nennen. Bereits die Berufungen Ostdeutscher, wo sie zu Stande kamen, waren dadurch problembeladen, daß es sich rechtlich durchweg um Neuberufungen handelte. Das hieß, daß zwar alle Rufempfänger und -empfängerinnen im Prinzip auch Verhandlungen führen konnten, doch: Die Verhandlungsposition der Ostdeutschen, also oft der alten Stelleninhaber, war die eines Privatdozenten. Wenn ein solcher seine erste Stelle antritt, hat er keine Verhandlungsspielräume. Was dieser Unterschied in der ostdeutschen Ausnahmesituation bedeutete, erschließt sich erst bei genauerem Hinsehen. Der sächsische Wissenschaftsminister bezeugte aus seinen Amtserfahrungen die Diskrepanz: Den zu berufenden Ostdeutschen habe man zum Rufschreiben gleich den ausgefertigten (also nicht mehr änderungsfähigen) Dienstvertrag hinzulegen müssen. Ganz anders dagegen bei den nichtostdeutschen Berufungskandidaten: "In einer solchen Situation bedarf es schon eines besonderen psychologischen Kraftaktes und eines Übermaßes an heiterer Gelassenheit, z.B. den vielseitigen Brief eines 'Westbewerbers' bis zu Ende zu lesen, der in den schwärzesten Farben den drohenden Weltuntergang – jedenfalls für dieses Fachgebiet – ankündigte, falls die C3 nicht in eine C4-Stelle umgewandelt wird. Man sieht förmlich, wie fassungslos der Briefschreiber ob der Borniertheit dieses Ministers ist, der derartig kleinlich mit Assistentenstellen, Institutsbibliotheken, neuen Geräten und anderen Notwendigkeiten zurückhält. Wenn man die Anstrengungen sieht, die in Berufungsverhandlungen unternommen werden, der mangelnden Einsicht von Ministerien in die finanziellen Bedürfnisse von Professoren abzuhelfen, braucht einem um den pädagogischen Eros der Hochschullehrerschaft nicht bange zu sein."³¹

Zunächst hielt sich der Ärger darüber, solche Briefe nicht schreiben zu können, bei den wiederberufenen Ostdeutschen in Grenzen. Immerhin standen ihnen ja unmittelbar auch andere Vorgänge, nämlich Entlassungen

oder auch die besondere Gruppe der sog. Professoren alten Rechts vor Augen, also jene bereits in der DDR Berufenen, die – da positiv evaluiert – weder entlassen noch auf die ausgeschriebenen Professuren (z.T. ihre ursprünglich eigenen) berufen worden waren. Letztere befinden sich bis heute in einer merkwürdigen Position zwischen wissenschaftlichem Mitarbeiter- und Professorenstatus.³²

Doch selbst nach dem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst wird das Personal ostdeutscher Herkunft, gleich in welcher Position in den Ruhestand gegangen, monatlich daran erinnert werden, wo es herkommt: Die Ruhestandsbezüge eines ostdeutschen Professors erreichen selbst nach zehnjähriger Tätigkeit als Hochschullehrer neuen Rechts kaum mehr als ein Viertel der Bezüge des Kollegen im Nachbarzimmer, den der Zufall ursprünglich in Westdeutschland plazierte hatte. Schließlich kann auch kein Angehöriger des ostdeutschen Personals generell sicher sein, die Rente im aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu erreichen: Da in der Regel nicht verbeamtet, unterliegen sie dem BAT-Ost, und dieser setzt unter anderem die BAT-Bestimmung außer Kraft, die nach 15 Beschäftigungsjahren im Öffentlichen Dienst vor der betriebsbedingten Kündigung schützt.³³

Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Biographien der ost- und westdeutschen Stellenprätendenten machten es durchaus leicht, bei den Berufungen mit formalen Argumenten zu operieren, um von qualitativen Gesichtspunkten ggf. absehen zu können. Weniger eindrucksvolle Publikationslisten und geringe oder keine Auslandserfahrung der ostdeutschen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ersparten es den Berufungskommissionen oft, sich in allzu tief gehende inhaltliche Debatten hineinbegeben zu müssen. Hier liegt nun allerdings ein Grund, weshalb die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um eine überdurchschnittlich befähigte ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Zusammengefaßt: Wenn oben gesagt worden war, daß man es den Studierenden kaum habe wünschen können, von möglichst vielen ostdeutschen Hochschullehrer und -lehrerinnen sozial- und geisteswissenschaftlich unterrichtet zu werden, dann gilt ähnliches gewiß auch für die heutige Situation. Nicht bei jedem seit 1990 Berufenen ist man sich sicher, ob es Studierenden wirklich zu wünschen ist, bei ihm zu studieren. Das Argument Wettbewerb jedenfalls – die Besten setzen sich durch und nur die Schlechten bleiben auf der Strecke – ist in den ostdeutschen Besetzungsverfahren der neunziger Jahre sehr viel gründlicher desavouiert worden, als es die sonstigen akademischen Üblichkeiten vermögen.

Das langfristige Hauptproblem der Ost-West-Verteilung im akademischen Personal der ostdeutschen Hochschulen scheint indes sehr viel gravierender zu sein: Es ist dies der quantitative und qualitative Anteil Ostdeutscher an *gestaltenden* Positionen überhaupt. Das gilt im Prinzip für Gesamtdeutschland, doch wirkt im Ostteil der heute sehr geringe Anteil besonders auffällig. An den Hochschulen läßt sich das faßlich greifen, wenn die Verteilung der ost- und westdeutschen Stelleninhaber und -inhaberinnen auf die C3- und die C4-besoldeten Professuren in Augenschein genommen wird: Ostdeutsche besetzen überdurchschnittlich die geringer dotierten Stellen. Dies setzt sich fort bei den Entscheider-Positionen, also in Rektoratskollegien, in Ministerialapparaten und bei der Vertretung in Wissenschaftsorganisationen oder Gutachterstrukturen. Wilhelm Bürklin und Hilke Rebenstorf sehen im Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft lediglich 7,3 Prozent der funktionalen Elitepositionen³⁴ ostdeutsch besetzt – bei 20 Prozent ostdeutschem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik.

Die Ursachen dieses Problems sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwechsels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an der Hochschule verbleiben zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR. Wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle

politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich bspw. ostdeutsche Rektoratsämter nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewußtseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Denn schließlich muß den Hochschulen eine Amtsbesetzung nicht deshalb zwingend gut bekommen, weil es eine Koinzidenz von geographischem Hochschulstandort und biographischer Herkunft der Amtsinhaber und -inhaberinnen gibt. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorats oder Prorektorats schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat auch nicht jede Besetzung mit einem westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

Gehen wir von der Selbstverständlichkeit aus, daß die Transformation einer Gesellschaft immer um der Menschen willen stattfindet, die diese Gesellschaft bilden, dann können Bewertungen nicht nur erfolgreichen Strukturtransfer bilanzieren (zumal im Wissenschaftsbereich selbst dieser gewissen Zweifeln unterliegt). Betrachten wir aber, was den ostdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorruheständler, vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert. Neben dieser Reduzierung ist es deutlich vermännlicht und verwestlicht worden.³⁵

Das paradigmatische Muster für die Vorgänge gaben die Abwicklungen an den Hochschulen 1990/91 ab. Diese wiederum bauten auf einer Vorgeschichte auf, nämlich dem Verhalten der Hochschulen seit dem Herbst

1989. Ähnlich wie die Volkspolizei oder Kommunalverwaltungen bspw. waren sie kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche. Immerhin aber war die Notwendigkeit eines Umbaus der Hochschulen im Grundsatz von niemandem streitig gestellt worden: "Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt".³⁶

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung an den Hochschulen als restaurativ. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so mußte doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der "management- und politikerfahrenen alten Kader" etwa mußte "dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten".³⁷ Zugleich bestritt keiner der beteiligten Akteure, daß es bei diesem Umbau um eine demokratische Erneuerung gehen müsse. In aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, mußte nun keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Doch im Wesentlichen verlegte man sich 1990 dann erst einmal darauf, den Hochschulbetrieb am Laufen zu halten, die neuen politischen Leitlinien abzuwarten und sich im übrigen nicht zu weit aus der Deckung zu wagen. Zugleich scheint das, im Rückblick betrachtet, auch nicht gänzlich unsinnig gewesen zu sein. Denn die vereinzelt Innovationsversuche, die es auch gab, überlebten in aller Regel kaum die Jahre 1991/92.

Die politischen Instanzen jedenfalls sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen der ostdeutschen Wissenschaft, und dort setzten dann um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an.

Sie betrafen an den Hochschulen vorrangig Institute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.

Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal, entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne daß der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: "Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt", hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak.³⁸

Eine Maßnahme von solcher Eingriffstiefe wie die Abwicklung konnte dann auch nicht ohne Auswirkungen auf den Gesamtprozeß bleiben. In der retrospektiven Betrachtung erweisen sich die Abwicklungen als die demokratischen Maßstäbe verderbende Diskursfolie. Sämtliche nachfolgenden Maßnahmen wurden vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet. Alles weitere fand sich dann als vergleichsweise 'nicht so schlimm' beurteilt, was sachlich durchaus zutreffend war: Denn es griff in der Tat geringer in individuelle Rechte ein als die Abwicklung. Mit der Bewertungsfolie Abwicklung im Hintergrund war jedenfalls die Voraussetzung geschaffen worden, innerhalb der Hochschulerneuerung normabweichenden Vorgängen den Status der Hinnehmbarkeit zuzuerkennen.

Wolfgang Kaschuba verdanken wir den Hinweis, daß sich die derart entstehende Gesamtsituation im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe: "Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also

eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.”³⁹

Das Muster, das fortan wirkte, ist bereits aus der Frauenforschung bekannt. Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, daß Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine gläserne Decke, die nicht sichtbar, aber um so fühlbarer ist.

Ein vergleichbares Muster wirkt seit Anfang der neunziger Jahre in Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stoßen: In der DDR-Wissenschaft sozialisierte Wissenschaftlerinnen mangelt es häufig an Netzwerkeinbindung und habitueller Paßfähigkeit. Daraus resultieren eingeschränkte Chancen des Verbleibs oder der Neuintegration in den akademischen Betrieb, die häufig sachlich nicht gerechtfertigt sind und subjektiv in jedem Falle als sachlich ungerechtfertigt wahrgenommen werden. Die nachwachsende Akademikergeneration konnte zum Teil durch individuelle Anstrengungen und Förderprogramme den Verlust ihrer akademischen Mentoren kompensieren, doch wirkte dabei eine Vielzahl von Zufällen karriereentscheidend, d.h. häufig auch karriereabbrechend. Diese weit über das normale Maß hinausgehende Rolle von Zufällen führte auch bei der mittleren Ost-Wissenschaftlergeneration zu der verbreiteten Wahrnehmung, daß die Chancen herkunftsspezifisch unterschiedlich verteilt sind.

Zugleich vollzog sich mit den personellen Umgruppierungen auch eine Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Es gehört zur Geschichte der ostdeutschen Wissenschaftstransformation, daß zahlreiche Akademiker und Akademikerinnen dies nicht passiv geschehen ließen, sondern aktiv Ausweichstrategien entwickelten. Die Summe dieser Aktivitäten führte zum Entstehen einer sog.

Zweiten Wissenschaftskultur. Nicht alle, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich damit einfach abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als quasi-institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung.

Die daraus entstandenen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.⁴⁰ In den Vereinen wurde ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Freilich werden die Veranstaltungen wie die Publikationen aus den Vereinszusammenhängen vom etablierten Wissenschaftsbetrieb nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Die Ausnahmen sind meist sozialwissenschaftlich tätige e.V.s, die stärker als geisteswissenschaftliche Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren vermögen. Zugleich weisen diese Ausnahmen auf den Umstand hin, daß sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren lassen:

(a) Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefaßt werden, die gleichsam abschließend abgewickelt sind, also eine Reintegration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalisierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen, Schulen oder dergleichen hervorgehen: Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Geschichte und aktuellen Fragestellungen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten.

Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in den ostdeutschen e.V.s haben sich nicht Laienhistoriker zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt; vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft

von vornherein professionalisiert. Infolgedessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards.⁴¹ Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung – Entinstitutionalisierung – stehen die Vereine am Ende von Berufsbiographien, Forschungsrichtungen oder -perspektiven und repräsentieren insoweit ausgelaufene Modelle.

- (b) Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichteten Vereine. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dadurch Drittmittel zu akquirieren. Ihre Mitglieder sind vielfach im jüngeren oder mittleren Erwerbsalter, nutzen die Vereinskonstruktion lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiographische Zwischenstation und streben meist ausdrücklich die Rückkehr in Universitäten oder Forschungsinstitute an. In diesem Bereich nicht erfolglose Vereine sind etwa das Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS) mit seiner Zeitschrift *BISS public* und Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin (WiSoS) mit seiner *WiSoS-Schriftenreihe*. Solche Beispiele hängen und hängen allerdings existentiell an ABM-Stellen und/oder öffentlichen Forschungsaufträgen.⁴²

In der 'Zweiten Wissenschaftskultur' zeigt sich eine ähnliche Persistenz der Ost-Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, wie sie das westdeutsche Wissenschaftssystem bewies, als es sich, von der vorgefundenen Situation gänzlich unirritiert, ab 1990 in die ostdeutschen Siedlungsgebiete ausbreitete.

3. Die Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen aktuellen politischen Handelns sind, soweit es um die Bearbeitung der hier zu verhandelnden Probleme geht, dreierlei: politische, finanzielle und juristische.

Die *politischen Rahmenbedingungen* sind insbesondere die Kräfteverhältnisse zwischen den relevanten Akteuren. Die Berliner Landesregie-

rung stellen SPD und PDS, letztere als Juniorpartner. Auch die Ost-West-Repräsentanz innerhalb des politischen Personals ist unausgewogen, was Folgen für die Tiefe des Verständnisses der hier zu verhandelnden Probleme hat. Das Ausmaß des Interesses bzw. Desinteresses am Zusammenführen von Ost und West in der zuvor geteilten Stadt läßt sich an der oben zitierten Koalitionsvereinbarung ablesen. Die relevanten Passagen sind erkennbar ein Kompromiß. Immerhin war die SPD als Regierungspartei unter Rot-Grün bzw. in der Großen Koalition aus CDU und SPD mittragende Akteurin des städtischen Vereinigungsprozesses.

Zu berücksichtigen ist aber auch, daß die PDS in dem rot-roten Regierungsprojekt ausweislich verbaler Bekundungen wie ihres politischen Handelns ein Projekt sieht, das "einen Wert an sich" habe (Gysi), nämlich den des primären Nachweises von Regierungsfähigkeit. Im Verhältnis zu diesem prioritären Ziel scheint die Durchsetzung originär inhaltlicher politischer Anliegen sekundär zu sein. In Folge dessen konzentriert sich das politische Handeln der PDS offenkundig zu wesentlichen Teilen darauf, Klientelgruppen nicht zu enttäuschen, welche die Partei zwar nie wählen werden, denen aber meinungsbildender Einfluß zugeschrieben wird – während eigene Klientelgruppen mit ihren Anliegen ggf. zurückstehen müssen. Inwieweit dies politisch rational ist, ist an dieser Stelle nicht zu bewerten. Hier interessiert lediglich, daß aus dieser Konstellation ein gebremstes Interesse der PDS resultiert, sich allzu kämpferisch und konfliktorisch für Anliegen von – zum Beispiel – marginalisierten Ostberliner Wissenschaftler und -wissenschaftlerinnen zu verwenden.

Gleichwohl: Auch bei einer stärker ausgeprägten Bereitschaft zum Engagement blieben die extrem limitierenden *finanziellen Rahmenbedingungen*. Berlin hat einen Gesamthaushalt von etwas über 20 Milliarden Euro. Davon werden jedes Jahr regelmäßig 2 Milliarden Euro der konsumtiven Ausgaben über Neuverschuldung finanziert – das sog. Primärdefizit, also die Differenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben. Weitere 2 Milliarden Euro neue Schulden werden für die laufenden Zinszahlungen aufgenommen; die aktuelle Verschuldung beträgt 47 Milliarden Euro.

Dennoch gibt Berlin nicht wenig, sondern viel Geld für die Wissenschaft aus: 1,2 Milliarden Euro. Allerdings ist der Berliner Wissenschaftshaushalt vollständig institutionell gebunden. Das heißt: Frei verfügbare Gelder, wie sie in anderen Ländern bspw. für Projektförderungen zur Verfügung stehen, sind seit 1996 systematisch bis auf Null reduziert worden. Daraus folgt, daß Lösungen irgendeines Problems allein dann betrieben werden können, wenn sie finanzneutral sind. Dem stehen öffentliche Erwartungen entgegen, die mit dem Antritt der rot-roten Koalition in Berlin verbunden wurden. Eine dieser Erwartung war, daß jetzt einige Vorhaben umgesetzt würden, auf die man schon länger gewartet hatte und für die aber auf Grund politischer Prioritätensetzung immer vermeintlich kein Geld da gewesen sei.

Im Widerspruch zu solchen Erwartungen war jedoch die bisherige haushaltspolitische Arbeit der gegenwärtigen Regierungskoalition vornehmlich von der Gestaltung von Abbau und nicht von Aufbau geprägt. Um dies angemessen einordnen zu können, ist auf eines hinzuweisen: Die Haushaltskrise war nicht nur zufällige Begleiterscheinung der Koalitionsbildung gewesen, sondern die Berliner Haushaltskrise war die zentrale konstitutive Bedingung dafür, daß die Koalition aus SPD und PDS in Berlin überhaupt zu Stande gekommen ist.

Die institutionellen Bindungen des kompletten Wissenschaftsetats bewirken, daß die Berliner Wissenschaftspolitik wesentlich darauf gerichtet ist, solche Ressourcen zu sichern, die vorhanden sind. Das betrifft auch die Beschäftigten, die in den Strukturen sind. Diejenigen, die nach wie vor beschäftigt sind, haben selbstredend einen Anspruch auf politische Zuwendung. Dies betrifft etwa – um zwei andere einigungsbedingte Probleme zu nennen – das Institut für Anorganische Chemie Adlershof (ACA) oder diejenigen früheren WIPianer, die mittlerweile über das HWP III (Hochschul- und Wissenschaftsprogramm) finanziert werden. Beide sind nach wie vor nur prekär abgesichert und daher permanenter Gegenstand politischer Interventionen zu ihrer Absicherung.

Die vollständige institutionelle Bindung des Wissenschaftshaushalts produziert ein faktisch nicht auflösbares Problem: Um etwas Neues zu tun, müßte – einen entsprechenden politischen Willen im Gesamtsenat

und in den Koalitionsfraktionen vorausgesetzt – an anderer Stelle zunächst etwas bisher Finanziertes eingestellt werden. Allerdings wäre selbst, wenn die Finanzierung einer Einrichtung eingestellt würde, keineswegs gesichert, daß die dadurch freigesetzten Mittel an anderer Stelle für Wissenschaftsanliegen wieder verausgabt werden könnten. Sehr viel wahrscheinlicher wäre es, daß die eingesparten Mittel zur Haushaltskonsolidierung herangezogen, d.h. dem Wissenschaftsetat entzogen würden.

Ebenso restriktiv wie die finanziellen sind die juristischen Rahmenbedingungen. Nach verbreiteter Ansicht unter Ost-Berliner Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die im Zuge der Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft aus gesicherter Beschäftigung herausgefallen sind, war dieser Neuordnungsprozeß in juristischer Hinsicht ausgesprochen fragwürdig. Auch hieran knüpften sich Erwartungen, der rot-rote Senat würde diesbezüglich Reparaturen durchführen. Diese Erwartungen müssen gedämpft werden. Der Senat von Berlin bewegt sich unabhängig von seiner politischen Zusammensetzung in einer bestimmten Rechtskontinuität. Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon, ob sie individuell als korrekt empfunden werden. Der Rechtsstaat hat nur zur Hälfte die Aufgabe, Gerechtigkeit in Einzelfällen zu schaffen. Die andere Hälfte seiner Aufgabe ist die überindividuelle Sicherung von Rechtsfrieden. Dazu dient wesentlich der abschließende Charakter von gerichtlichen Entscheidungen und die dauerhafte Wirksamkeit nicht angefochtener Entscheidungen.

4. Richtungen möglicher Problembearbeitungen

Systematisch zu unterscheiden sind drei Problemgruppen: (a) Probleme ungenutzter Kompetenzen, (b) Probleme der Arbeits- und Lebensumstände und (c) symbolische, d.h. Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Zu (a): Ungenutzte Kompetenzen verharren in einer doppelten Hinsicht im Wartestand. Es liegt einerseits systemungebundenes Wissen und Forschungs-Knowhow mehr oder weniger brach – ‘mehr oder weniger’ vornehmlich in Abhängigkeit davon, wie weit Ressourcenzugriff, etwa auf apparative Ausstattungen oder Reisemittel, benötigt wird. Andererseits wird auf Deutungskompetenz verzichtet, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz in Bezug auf die Geschichte des sozialistischen Systems und der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die heutige ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse.

Lösungen zur Re-Integration solcher ungenutzter Kompetenzen in das Wissenschaftssystem würden die Mobilisierung von finanziellen Mitteln voraussetzen. Dies erscheint – jedenfalls in größerem Umfang – kaum organisierbar. Daneben müßte es jedoch auch ohne oder mit nur geringem Mitteleinsatz möglich sein, zumindest Kompetenz im Sinne von Deutungsfähigkeit zu überführen in Deutungszuständigkeit oder Partizipation an der Deutungszuständigkeit. Denn eines erscheint jedenfalls problematisch: Augenblicklich lassen sich in der Gruppe derer, die auf Grund intimer Feldkenntnis kompetent über den aktuellen Zustand der ostdeutschen Teilgesellschaft Auskunft geben können, diejenigen mit authentischer Ost-Herkunft an maximal zwei Händen abzählen. Das heißt: Der – notwendige – quasi-ethnologische Außenblick wird nur unzulänglich ergänzt durch den – ebenso notwendigen – Innenblick von Beobachtern, die gesellschaftliche Codes ohne mühsame Übersetzungsanstrengungen zu entschlüsseln vermögen.

Ebenso ist es frappierend, wie gering Berlin – das sich gern zur “Ost-West-Drehscheibe” entwickeln möchte – die Osteuropa-Kompetenzen nutzt, die im Ostteil der Stadt vorhanden sind. Dabei liegen diese keineswegs brach, sondern werden zivilgesellschaftlich gelebt. Kulturelle und wissenschaftliche Verbindungen Berlins nach Ostmittel- und Osteuropa werden durch eine ganze Reihe von sehr aktiven Nichtregierungsorganisationen bereichert. Diese Kooperationen sind in der Regel nur spärlich mit öffentlichen Mitteln unterstützt und vom persönlichen Engagement

der Mitglieder getragen. Beispiele sind der Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa MitOst e.V., der ehrenamtlich Begegnungs- und Kulturprojekte durchführt, oder das Ost-West-Europäische Frauennetzwerk OWEN e.V., das Hilfe zur Selbsthilfe in den osteuropäischen Ländern leistet und den Aufbau von langfristigen Kooperationsbeziehungen mit dieser Region unterstützt. Eine Reihe von Organisationen widmen sich speziell der Zusammenarbeit mit Rußland, so etwa die Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität DAMU e.V., das Deutsch-Russische Forum e.V. oder der Deutsch-Russische Austausch e.V. Sprachkenntnisse und kulturelles Wissen sind hier in beträchtlicher Dichte vorhanden, ohne bislang im Rahmen systematischer Politikentwicklung wahrgenommen zu werden.

Zu (b): Was auf der Systemebene Probleme ungenutzter Kompetenzen sind, erscheint auf der Sozial- und Individualebene als Probleme der Arbeits- und Lebensumstände. Diesbezügliche Grundlinie der Wissenschaftspolitik des Berliner Senats ist offenkundig, zunächst diejenigen zu sichern, die im System sind – etwa die ehemaligen WIPianer oder die Beschäftigten des ACA. Dies wäre durch Bemühungen zu ergänzen, nicht im System befindliche Kompetenzen wieder hereinzuholen. Dabei ist die Politik allerdings auf Druck von außen angewiesen, denn nur so kann innerhalb der Politik eine hinreichende Akzeptanz für dieses Thema erzeugt werden: Angesichts der immensen Konkurrenzen zwischen einzelnen Politikfeldern, die sich in Konkurrenzen zwischen einzelnen Ressorts niederschlagen, ist nicht von vornherein davon auszugehen, daß Sozial- oder Arbeitsmarktpolitiker und -politikerinnen es für ein vordringliches Problem halten, z.B. Deutungskompetenz Ost zu sichern.

Zu (c): Symbolische, d.h. Anerkennungsprobleme der Ost-Berliner Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müßten – auf Grund ihres symbolischen, d.h. wenig finanzintensiven Charakters – noch am ehesten umsetzbar sein, jedenfalls aus der Perspektive der Politik. Schwieriger mag sich die Mitwirkungsbereitschaft bei einzelnen Akteuren gestalten, etwa wenn es darum geht, eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen

früheren und heutigen Angehörigen eines Hochschulinstituts zu organisieren.

Umsetzungsfähige Ideen vor allem zu diesen symbolischen Problemen sind aus einer Untersuchung zu erwarten, deren Ergebnisse zum Ende des Jahres 2003 vorgelegt wurden. Die Analyse zum Thema "Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin" führt im Auftrag des Wissenschaftssenators das Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg durch. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden schriftliche und mündliche Anhörungen veranstaltet, Dokumentenanalysen vorgenommen, Handlungsempfehlungen der verschiedenen Akteure destilliert und die Vor-Ergebnisse in einem Workshop zur Diskussion gestellt. Am Ende stehen Handlungsempfehlungen an Politik, Hochschulen und wissenschaftliche Gemeinschaft.

Anmerkungen

- 1 Siehe etwa Bollinger, Stefan/Heyden, Ulrich van der/Kießler, Mario: Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR. In: hochschule ost, Leipzig, H. 3–4/2000, S. 195–203; Heyden, Ulrich van der: Was ist zu tun? Möglichkeiten der Re-Integration ost-deutscher Geisteswissenschaftler. In: Bollinger, Stefan/ders. (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 245–253.
- 2 Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftsrat, Stifterverband und Volkswagen Stiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus, Essen 2002.
- 3 Mittelstraß, Jürgen: Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik? In: Ebd., S. 32.
- 4 Hier zit. nach Wegelin, Jakob: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland. In: Leibniz intern, Berlin, Nr. 12, (2002), S. 15, da sich dieser Satz aus unerfindlichen Gründen in der offiziellen Dokumentation der Veranstaltung (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. A.a.O.) nicht findet. Er ist gleichwohl authentisch: Mittelstraß hat ihn ausdrücklich bestätigt (vgl. Mittelstraß, Jürgen: "Laßt uns noch einmal über die Bücher gehen ..." (Interview). In: Leibniz intern, Berlin, Nr. 12 (2002), S. 12).
- 5 Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001–2006, Berlin 2002, S. 4.
- 6 Reinschke, Kurt: Selbsterneuerung ist unvorstellbar (Interview). In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln 1992, S. 71.

- 7 Ostdeutsches Memorandum. In: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (Hrsg.): Unfriede in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin 1993, S. 10.
- 8 Olbertz, Jan: Standpunkte zur Personalerneuerung. In: Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun (Hrsg.): Zur Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Berlin 1992, S. 28.
- 9 Rüttgers, Jürgen: Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind im Überall im Kommen. In: hochschule ost, Leipzig, H. 1/1996, S. 182.
- 10 Siehe Richter, Edelbert/Wipperfurth, Joachim: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern, o.O. (Strasbourg) o.J. (1992).
- 11 Meyer, Hansgünter: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Fiktionen – Optionen – Statistik. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993, S. 71.
- 12 Ebd., S. 73.
- 13 Ebd., S. 80.
- 14 Mayntz, Renate: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention. In: dies. (Hg.): Aufbruch und Reform von oben, Frankfurt/M.-New York 1994, S. 295.
- 15 Ebd., S. 293f.
- 16 Ebd., S. 308f.
- 17 Kocka, Jürgen: Einleitung. In: ders./Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 10.
- 18 Bierwisch, Manfred: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Versuch einer Bilanz. In: Ebd., S. 485–507, hier S. 502.
- 19 Siehe ebd., S. 501.
- 20 Ebd., S. 505.
- 21 Ebd., S. 506.
- 22 Ebd. S. 506f.
- 23 Vgl. Mayntz, Renate (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/M.-New York 1994.
- 24 Schluchter, Wolfgang: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt/M. 1996, S. 86.
- 25 Ebd. S. 63f.
- 26 Simon, Dieter: Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft. In: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. A.a.O., S. 509.
- 27 Grundlage dieser Zusammenschau sind: Meske, Werner: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1993; Meyer, Hansgünter: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. A.a.O.; Neie, Thomas: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993. In: hochschule ost, Leipzig, H. 1/1996, S. 133–148; Buck-Bechler, Gertraude/Schaefer, Hans-Dieter/Wagemann, Carl-Hellmut (Hrsg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Lewin, Dirk: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Burkhardt,

- Anke: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport. Hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 1997; Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.
- 28 Siehe Kaube, Jürgen: Soziologie. In: Kocka, Jürgen/Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. A.a.O., S. 297.
 - 29 Zu den Geisteswissenschaften vgl. die Erhebungen in: Pasternack, Peer: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig 1996.
 - 30 Zum ostdeutschen Berufungsgeschehen vgl. Meyer, Hansgünter: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. A.a.O.; Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes, Bonn, H. 5/1993, S. 308–310 und H. 6/1993, S. 387; German academics find career boost in east. In: Nature, London, No. 370/1994, S. 240; Brentjes, Sonja/Pasternack, Peer: Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung. In: hochschule ost, Leipzig, H. 4/1994, S. 28–43; Pasternack, Peer: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. A.a.O.; Abbott, Alison: Tough measures bring a scarred back to the world stage. In: Nature, London, No. 401/1999, S. 635–639; Hecht, Arno: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit. In: hochschule ost, Leipzig, H. 1–2/2000, S. 210–221; ders.: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. A.a.O.; Gilbert, Lutz: Zu Arno Hecht: "Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer". (hochschule ost 1–2/2000). In: hochschule ost, Leipzig, H. 3–4/2000, S. 307–309; zu den geschlechtsspezifischen Implikationen vgl. Burkhardt, Anke: "Besser als befürchtet – schlechter als erhofft". Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht. In: Ebd., H. 2/1995, S. 107–121; Zimmermann, Karin: Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer. In: Lang, Sabine/Sauer, Birgit (Hg.): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin, Frankfurt/M.-New York 1997, S. 247–262; dies.: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Am Beispiel der Reorganisation ostdeutscher Universitäten. In: Bretschneider, Falk/Pasternack, Peer (Hg.): Akademische Rituale, Leipzig 1999, S. 171–194; dies.: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Paßfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin 2000.
 - 31 Meyer, Hans Joachim: Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes, Bonn, H. 5/1993, S. 298.
 - 32 Vgl. Neie, Thomas: Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschul-erneuerung. In: hochschule ost, Leipzig, H. 3–4/1997, S. 247–255.
 - 33 Vgl. z.B. Wolter, Henner: Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1992.
 - 34 Unter "Elite" werden dort die Personen gefaßt, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken. vgl. Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, 14ff.
 - 35 Worauf erstmals Schluchter hinwies. Vgl. Schluchter, Wolfgang: Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig. Teil 2. In: hochschule ost, Leipzig, H. 9/1993, S. 5–18.
 - 36 Neidhardt, Friedhelm: Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993. In: Mayntz, Renate (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. A.a.O., S. 34.
 - 37 Ebd., S. 38.
 - 38 Nowak, Kurt: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig. In: Beiträge zur Hochschulforschung. München, H. 4/1991, S. 373.
 - 39 Kaschuba, Wolfgang: Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt. In: Süddeutsche Zeitung, München, vom 20./21. März 1993.
 - 40 Vgl. als erste diesbezügliche Übersicht: Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Marburg 1992; eine neuere Übersicht für den zeitgeschichtlichen Bereich enthält Mähler, Ulrich (Hg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten. Berlin 2002; zur Würdigung vgl. Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, H. 11/2002, S. 1016–1034.
 - 41 Vgl. z.B. die Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen oder die Veröffentlichungen der Berliner Alternativen Enquête-Kommission "Deutsche Zeitgeschichte" e.V. Deren Publikationen wurden denn auch in der Fach- und Qualitätspresse rezensiert. Auffallend ist dabei, daß diese Vereine am ehesten dann breitere Aufmerksamkeit zu erlangen vermögen, wenn sie sich in wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen kommunistischen Häretikern widmen.
 - 42 Vgl. Kollmorgen, Raj: Hoffen und Bangen. Einige Daten und Bemerkungen zur Entwicklung freier sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern. In: hochschule ost, Leipzig, H. 5–6/1995, S. 9–23; Lohr, K./Simon, D./Sparschuh, V./Wilsdorf, St.: Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"? Chancen und Risiken neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis. Berlin, H. 2/1996, S. 100–121.